

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verleger: Amt Dresden Nr. 31307  
Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto: Nr. 656  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden bis 6-gespaltene Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4-gespaltene Zeile mit 10 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Abrechnung gebracht. Rabatanspruch erlischt: d. verspät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Lottewitzer Str. 4  
88. Jahrgang

Nr. 258

Donnerstag, den 4. November

1926

## Die Verbrecher von Leiferde vor Gericht

Die Deutschnationalen lehnen die Erwerbslosenvorlage der Reichsregierung ab — Das neue Wahlgesetz erhöht das Lebensalter für die Wahlberechtigung auf 21 Jahre — Oberleutnant Schulz im Fememord-Prozess freigesprochen — Wahlsieg der Demokraten in den Vereinigten Staaten; Präsident Coolidges Mehrheit erschüttert

### Der Sühne entgegen

In Silberstein begann gestern die Verhandlung gegen die Burischen, die das folgenschwere Eisenbahnunfall bei Leiferde verursacht haben. Die Anklage lautet gegen Otto Schiefinger und Willi Weber auf versuchten Mord in Tateinheit mit versuchter Eisenbahntransportgefährdung und darüber hinaus auch noch auf

**vollendete Eisenbahntransport-Gefährdung in Tateinheit mit Mord**  
Gegen Walter Weber lautet die Anklage auf Schiffe an den Verbrechern.

**Schiefinger erklärt:**  
Das Verbrechen und der Plan gingen nicht von mir aus. Als wir in Andernach vom Wohlfahrtsamt zurückgewiesen wurden, waren wir sehr erregt und sprachen davon, wie man zu Geld kommen könne. Wir sprachen auch von Autoreifen-Verkehr und davon, daß man etwa ein Automobil überfallen könnte. Und dabei habe ich lediglich ironisch gesagt:

**„Da könnte ja auch ein Eisenbahnzug draufgehen.“**

Wir hatten sehr zu hungern. Mit Walter Webers Gemütszustand ging es immer schlechter. In Paderborn wurden wir auf dem Wohlfahrtsamt sehr schroff abgewiesen. Das hat mich sehr empört. Eines Morgens, unter dem Strohhalm, kam mir dann der erste Gedanke, einen Eisenbahnunfall auszuheben, um uns dadurch Geld zu verschaffen. Walter Weber hatte abends geweint und erklärt, er wolle nicht mehr aus noch ein. Ich sprach dann davon, daß wir ja

**den Postwagen berauben könnten.**  
Vorsitzender: Was hat Weber darauf geantwortet?

Schiefinger: Er antwortete, das könnte dem Lokomotivführer aber das Leben kosten.  
Vorsitzender: Haben Sie sich selbst nicht dabei gedacht, daß außer dem Lokomotivführer auch noch Reisende dabei verunglücken könnten?

Schiefinger (sana dumm): Nein, daran habe ich selbst nicht gedacht. Ich habe gedacht, daß der Lokomotivführer ja abspringen könnte, wenn er das Unglück kommen sehe.  
Vorsitzender: Welche Strecken kamen für Sie denn in Frage?

Schiefinger:  
Wir hatten vor, einen internationalen Durchgangszug entgleisen zu lassen, und dabei sollten der Luxuszug Warchau-Paris am stärksten sein. Da wir aber wußten, daß auch der gewöhnliche Zug kommen würde, wollten wir nicht, daß dieser auf den entgleisten fuhr, und darum haben wir den Plan wieder zurückgelassen.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gab Schiefinger

**eine Darstellung des Attentäters**  
Auf Vorhalte des Vorsitzenden erklärte er, über die Geschwindigkeit des Zuges am Tatorte habe er sich keine Gedanken gemacht. Er habe überhaupt nur noch mitgemacht, um sich nicht den Vorwurf machen zu lassen, daß er sich nicht schäme. Er sei gewiß völlig abgerumpelt gewesen. Die Werkzeuge hätten sie am Bahndamm gefunden, den Gemütszustand, den Bremsschuh und den Schraubenschlüssel hätten sie auf die Schienen gelegt, und zwar hätte

diese Pyramide Willi Weber errichtet. Der Zug sei aber ohne weiteres durchgefahren. Darauf habe Willi Weber den Vorschlag gemacht, doch durch Voderung von Schienen den Zug zur Entgleisung zu bringen. Um 12 Uhr nachts gingen sie an, die Schrauben zu lockern.

**Die ganze Sache hat 15 bis 20 Minuten gedauert.**  
Wir dachten damals, der Zug bleibe stehen, die Reisenden steigen aus, und wir könnten den Postwagen berauben. Wie wir die Schrauben lockerten, kam mir zum ersten Male der Gedanke, daß wir eine schlechte Tat vorhaben. In den Verlust von Menschenleben haben wir nicht gedacht. Trotzdem wollte ich den Plan ausgeben und erklärte Willi, wir müssen die Schienen wieder zusammenschrauben und gehen dann einfach weg. Willi sagte:

**„Jetzt kommt noch ein anderer Zug hinterher. Jetzt muß der es sein.“**  
Ich selbst habe an den Schienen nichts mehr gemacht. Unmittelbar darauf kam der D-Zug an und entgleiste. Wir hörten nur ein Klirren von Schienen und auch Schreie der Reisenden. Wir flüchteten sofort und hörten in der Ferne nur noch das Signalpfeifen „Votomotive.“

Als zweiter Angeklagter wird **Willi Weber** vernommen. Er bekräftigt im wesentlichen die Darstellung Schiefingers. Der Angeklagte erklärte nochmals ausdrücklich, daß sein Bruder Walter nicht an dem Verbrechen teilgenommen habe. Er bestritt ferner die Angabe Schiefingers, daß dieser nach dem Versagen des ersten Attentates das Attentat überhaupt nicht mehr ausführen wollte.

Als letzter Angeklagter wurde dann **Walter Weber** vernommen. Er bestritt, jemals daran gedacht zu haben, daß Schiefinger und Willi Weber wirklich ein Eisenbahnattentat ausführen könnten.

Nach der Mittagspause wurde mit der Beweisaufnahme begonnen. Aus den Aussagen zweier Eisenbahnbeamten ergab sich, daß schon der erste Versuch mit Bestimmtheit auf Vorliegen eines Attentates schließen ließ, und daß ferner der Oberbau der Strecke in bester Ordnung gewesen ist.

Es folgte dann die Darstellung des Lokomotivführers des Unglückszuges, Strober, über die Katastrophe. Der Lokomotivführer befand sich, als ein plötzlicher Ruck erfolgte, sofort abbremsend, worauf sich die Maschine etwas auf die Seite gelegt habe. Er sei auf den Erdboden gestürzt und fast völlig von Erde und nachströmender Kohle verschüttet worden.

Einer der nächsten Zeugen, August Kutschmann, der die der Unfallstelle zunächst liegende Blockstelle zu verwalten hatte, schilderte, wie er plötzlich bemerkte, daß

**das auf Freie fahrende Signal für den Zug Nummer 8 wieder auf Null stand.**

Er schickte sich daher auf eigene Verantwortung mit der Station Reinerken in Verbindung zu veranlassen, daß der von Hannover kommende Personenzug 23 in Reinerken aufzuhalten wurde. Für diese Weisung erwartete ihm bekanntlich von der Reichsbahndirektion Berlin eine besondere Belohnung ausgestellt worden. Bahnarzt Paulsen schilderte, wie

mühevoll es war, an den Verletzten zu gelangen. Paulsen ins Einzelne gehende Schilderungen hörten die Angeklagten Schiefinger und Willi Weber mit großer Erregung an.

Dem Zeugen Handlungsgehilfen Robert Schröder, der für die Mitangeklagte 12 500 Mark Belohnung erhalten hat, hat Weber auf der Wanderschaft erklärt, daß Schiefinger den Gedanken geäußert habe, ein Eisenbahnattentat verüben zu wollen. Der Zeuge berichtete dann über den Besuch Walter Webers am Grab eines Vaters. Walter habe ansehend sein Herz erleichtern wollen. Er erzählte, sie hätten

**auf einer Generalkarte die Orte aufgesucht, die in Frage kamen**

Der Vorsitzende hält diese Aussage für so belastend, daß er fragte, ob ein Irrtum ausgeschlossen sei. Schröder erklärte einen Irrtum für unmöglich. Walter Weber bestritt die Darstellung des Zeugen. Die geführte Untersuchung sei ganz harmlos gewesen.

Amiagerichtsrat Sternheim befandet, **Schiefinger habe nach einigem Zögern in durchaus überzeugender Form gesagt, er hätte an die Tat, daß Menschenleben unkommen könnten, gedacht und sie in Kauf genommen.**

Darauf erklärte Schiefinger, er sei damals sehr niedergeschlagen gewesen und könnte heute diese Aussage nicht aufrecht erhalten. Am Donnerstag werden nach dem Gutachten der medizinischen Sachverständigen die Plädoyers beginnen.

### Ein höchwichtiges Eingeständnis

Die britische Liga für Völkerbund gab gestern Abend den Premierministern der Dominions in London ein Essen, bei dem Lord Grey eine bedeutsame Rede hielt. Der frühere britische Außenminister betonte, daß es heute keinen Zweck mehr habe, die Kriegsschuld einer einzelnen Nation zuzuschreiben. Es stünde fest, daß die europäische Vorkriegspolitik die Spaltung Europas in zwei Rivalengruppen und ihr blindes Beträufen gegeneinander naturnotwendig zum Krieg führen mußte. Wenn dieser Zustand von 1914 wiederkehren würde, müsse wieder ein Krieg entbrennen.

(Diese Erklärung ist um deswillen von besonderer Bedeutung, weil Lord Grey zu Beginn des Weltkrieges britischer Außenminister war.)

### Wirtschaftsmanifest und Weltwirtschaftskonferenz

Wie aus Genf gemeldet wird, hat das Manifest der Weltwirtschaft in Völkerbundskreisen außerordentliches Aufsehen erregt, so daß die kommende Weltwirtschaftskonferenz sich mit ihm zweifellos befassen wird. Ob die Konferenz allerdings dem Manifest zustimmen wird, ist mehr als fraglich, da die schuppölknerischen Elemente bei weitem überwiegen.

### Der Feldzug

Auf der Landbund-Tagung von Anhalt hielt der Minister a. D. Schiele eine bemerkenswerte Rede über die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft und ihre Folgen und führte u. a. aus:

Die Schwäche unserer inneren Politik zeigt sich insbesondere in einer grundtiefen falschen Einstellung zum Arbeitslosenproblem. Der Weg einer periodischen Erhöhung einer Unterstützung und einer Verlängerung der Unterstützungsdauer bringt uns dem Ende der chronischen Arbeitslosigkeit ebenso wenig näher, als das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das höchstens vorübergehend einer Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung gibt. Der Grund der chronischen Arbeitskrise, in der wir uns befinden, sind die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft, deren Auswirkungen durch keine irgendwie geartete Fürsorge für die Erwerbslosen — deren Notwendigkeit natürlich nicht bestritten wird — beseitigt werden kann. Der Aufwand riesiger Mittel für Arbeitslosen, die entweder gar keine oder einen zweifelhaften oder in ferner Zukunft liegenden Ertrag bringen können, führt uns nur tiefer in die Arbeitslosigkeit hinein. Denn die Mittel des Arbeitsbeschaffungsprogramms werden der Wirtschaft entzogen, wodurch neue Arbeitslosigkeit entsteht. Die Beschaffung „zusätzlicher“ Arbeit belastet die Wirtschaft und hemmt die Entwicklung normaler Arbeitsmöglichkeiten. Diese können naturgemäß nur aus der Wirtschaft herauswachsenden, aber nur, wenn der Staat der Wirtschaft dazu die nötigen Voraussetzungen gibt, d. h. wenn er durch eine zweckentsprechende Wirtschafts- und Handelspolitik die Wirtschaft rentabel macht. Nur auf diesem Wege ist der Leerlauf der deutschen Volkswirtschaft, der etwa vier Millionen Arbeitskräfte umfaßt, zu beseitigen.

Die Industrie, angehts der weltwirtschaftlichen Lage zu weitestmöglicher Rationalisierung gezwungen und in der Exportmöglichkeit für Fertigfabrikate auf etwa Zweidrittel der des Friedenshandels zurückgeworfen, bietet keine Möglichkeit zur Auffangung eines wesentlichen Bruchteiles dieser 4 Millionen, dagegen bietet die Intensivierung der Landwirtschaft, insbesondere bei planmäßiger Steigerung des Bodenertrages, praktisch unbegrenzte Möglichkeiten.

Aber gegen die Landwirtschaft wird schwer gesündigt. Statt einen schützenden Deich um sie zu errichten, hat eine geradezu landwirtschaftsfeindliche Kreditpolitik zu einer neuen Ueberfischung der Landwirtschaft vor allem durch untragbare Anlasten geführt. Gleichzeitig bedeutet die überflüssige, teils durch die heimische Produktion ersetzbare Nahrungsimporte von 24 Milliarden Mark eine riesige Ausfischung der deutschen Arbeitskraft, die wesentlich zu der jetzigen Arbeitskrise beiträgt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Männer der gegenwärtigen Regierung diese Zusammenhänge nicht kennen und daß sie nicht wissen, daß hier der U r-